



Konzerte, Musikvereine: Allgemeines

Urbane Lebendigkeit und Ausgehkultur im Spannungsfeld verschiedener Bedürfnisse (Postulatsbericht KuGl)

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat „Hat St.Gallen ausgeKUGLt?“ wird als erledigt abgeschrieben.

1 Zusammenfassung

St.Gallen will und soll eine Stadt mit urbaner Vitalität in allen Facetten sein. Darum müssen die sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Probleme und Konflikte unaufgeregt, mit Toleranz und gebotener Grosszügigkeit angegangen werden. Eine solche Grundhaltung steht unserer Stadt gut zu Gesicht. Sie bildet das Fundament für eine allgemeinverträgliche Lösung bezüglich der kontroversen Debatte rund um den Betrieb des Lokals „Kultur am Gleis“ (KuGl). Mittels einer Petition, unterzeichnet von 6'472 Personen, machte die Gruppe „Klartext“ auf die schwierige Situation des KuGl aufmerksam und setzte sich gegenüber dem Stadtrat für den Erhalt des Jugendkulturangebots ein. In einem Gespräch mit Vertretern der Gruppe erläuterte der zuständige Direktor Soziales und Sicherheit die Position des Stadtrats.

Das KuGl ist ein besonderer und vor allem an den Wochenenden gut frequentierter Kultur- und Unterhaltungsbetrieb. An den Freitag- und Samstagabenden ist das KuGl in den späteren Abend- bzw. früheren Morgenstunden ein beliebter Treffpunkt der jüngeren Generationen. Sowohl bezüglich des kulturellen Angebotes als auch als Ausgeh-Ort hat das KuGl für die Stadt St.Gallen und die Region ohne Zweifel einen wesentlichen Stellenwert. Es ergänzt und bereichert das städtische Angebot.

Zu unterschiedlichen Auffassungen ist es allerdings in den vergangenen Jahren bezüglich der Belastung der Anwohnenden durch Immissionen und damit verbunden über die Öff-



nungs- bzw. Schliessungszeiten des KuGl gekommen. Ein Anwohner hat diesbezüglich wiederholt Rechtsmittel ergriffen. Eine Errungenschaft des Rechtsstaats besteht darin, dass es auch einer Einzelperson möglich ist, die gegebenen Rechtsmittel auszuschöpfen. Die Rechtsverfahren sind teilweise noch hängig. Die daraus resultierende Unsicherheit hat sich negativ auf den Betrieb des KuGl ausgewirkt, insbesondere auf die finanzielle Situation. Bis zum Abschluss des laufenden Baubewilligungsverfahrens, spätestens jedoch bis 31. Mai 2013, gilt eine (zeitlich befristete) Einigung zwischen den Betreibern des KuGl und dem Rekurrenten bezüglich der Schliessungszeiten. Die Zukunft des KuGl bleibt allerdings weiterhin ungewiss.

Der vorliegende Bericht stellt zunächst die Ausgangslage mit einem Schwerpunkt auf den Rechtsverfahren betreffend das KuGl sowie dem für das Lokal relevanten bau- und planungsrechtlichen Rahmen dar. Daran anknüpfend werden die Massnahmen der Stadt zu Gunsten des KuGl vorgestellt und mögliche Zukunftsszenarien beleuchtet. Abschliessend richtet sich der Blick über das KuGl hinaus: Der Stadtrat skizziert sein Verständnis von Veranstaltungs- und Ausgehkultur in einem urbanen Kontext.

2 Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-----|---|---|
| 1 | Zusammenfassung..... | 1 |
| 2 | Inhaltsverzeichnis | 2 |
| 3 | Ausgangslage | 3 |
| 3.1 | Postulatsauftrag..... | 3 |
| 3.2 | Das KuGl..... | 3 |
| 3.3 | Stand der Rechtsverfahren | 4 |
| 4 | Bau- und planungsrechtlicher Rahmen..... | 5 |
| 5 | Massnahmen der Stadt und Zukunft des KuGl..... | 7 |
| 5.1 | Finanzielle Unterstützung..... | 7 |
| 5.2 | Einzelbewilligungen und Einigungsvereinbarung..... | 8 |
| 5.3 | Suche eines Alternativstandorts | 8 |
| 5.4 | Neubeurteilung der Situation | 9 |
| 6 | Veranstaltungen und Ausgehkultur im urbanen Kontext | 9 |



3 Ausgangslage

3.1 Postulatsauftrag

Das Stadtparlament erklärte das Postulat „Hat St.Gallen ausgeKUGLt?“ am 14. September 2010 erheblich. Ausgangspunkt für das Postulat war das Urteil des Verwaltungsgerichts vom 18. März 2010¹, das den Betrieb des Lokals „Kultur am Gleis“ (KuGl) in der Wohn-Gewerbe-Zone für nicht zonenkonform erklärte. Die Postulanten sorgen sich um die Zukunft des KuGl und allgemein um ein vielfältiges und attraktives (Veranstaltungs-)Angebot für junge Leute und Jugendliche in der Stadt St.Gallen. In der Postulatsbegründung wird der Stadtrat aufgefordert „zu prüfen, ob gesetzliche Grundlagen oder Reglemente aufgrund des Gerichtsent-scheides anzupassen sind, um solche Angebote auch künftig zu ermöglichen. Aus diesem Grunde wird der Stadtrat eingeladen, Bericht zu erstatten, welche Massnahmen sich nach dem Entscheid des Verwaltungsgerichts aufdrängen. Die Beantwortung des Postulats soll auch aufzeigen, ob sich im konkreten Fall des ‚KuGl‘ nur Einzelne an den Immissionen stören oder ob es sich um ein allgemeines Problem handelt und wie den verschiedenen Bedürfnissen Genüge getan werden kann. Alles in allem geht es vorliegend nämlich um die Grundsatzfrage, wie der Stadtrat Urbanität definiert und was in unserer Stadt möglich sein soll und darf.“

Der Stadtrat hat anlässlich der parlamentarischen Diskussion über die Erheblicherklärung des Postulats ausgeführt, er teile die Beurteilung der Postulanten, „dass zu einer Stadt wie St.Gallen als kulturelles Zentrum einer Region ein vielfältiges Angebot auch für Jugendliche und junge Erwachsenen gehört“². Daher hat sich der Stadtrat bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen und sowohl die Möglichkeit eines Weiterbetriebes des KuGl am bisherigen Standort mit reduzierten nächtlichen Öffnungszeiten zu prüfen als auch die – allerdings schwierige – Suche nach einem Alternativstandort voranzutreiben. Der Stadtrat wies aber zugleich darauf hin, dass sich auch die Frage nach den Grenzen der öffentlichen Aufgaben in diesem Rahmen stelle.

3.2 Das KuGl

Das KuGl ist ein besonderer und vor allem an den Wochenenden teilweise sehr gut frequenzierter Kultur- und Unterhaltungsbetrieb. Es finden hier eine Vielzahl kulturell interessanter Veranstaltungen sowie Konzerte verschiedenster musikalischer Richtungen und Events mit DJs statt. Während der Woche werden vor allem kleinere Anlässe kultureller Art am Abend durchgeführt. An den Freitag- und Samstagnächten ist das KuGl in den späteren Abend-

¹ http://www.gerichte.sg.ch/home/dienstleistungen/rechtsprechung/verwaltungsgericht/entscheide_2010/b_2009_71__72.html

² Vorlage Nr. 2114 vom 10. August 2010.



bzw. früheren Morgenstunden ein beliebter Treffpunkt der jüngeren Generation. Sowohl bezüglich des kulturellen Angebotes als auch als Ausgeh-Ort hat das KuGl für die Stadt St.Gallen ohne Zweifel einen wesentlichen Stellenwert.

Das KuGl befindet sich im Güterbahnhofareal an einer für diesen Zweck an sich guten Lage. Der Standort, relativ nahe und in Gehdistanz zum Stadtzentrum, in einer gewissen Entfernung von Wohnquartieren und inmitten eines teilweise brachliegenden Areals ist für einen solchen, vor allem abends und nachts besuchten Treffpunkt gut geeignet. Zu rechtlichen Problemen hat allerdings (vor allem) die Frage der Öffnungs- bzw. Schliessungszeiten geführt.

3.3 Stand der Rechtsverfahren

Mit Urteil vom 18. März 2010 hat das Verwaltungsgericht des Kantons St.Gallen entschieden, dass in der Wohn-Gewerbezone, in der sich das KuGl befindet, eine vollständige Aufhebung der Schliessungszeiten in drei Nächten pro Woche über das ganze Jahr – also drei ständige Freinächte von Donnerstag bis einschliesslich Samstag – über das in dieser Zone zulässige Mass hinausgeht. Die entsprechende baupolizeiliche Bewilligung wurde aufgehoben. Festzuhalten ist allerdings, dass das Urteil nicht den Standort an sich für rechtswidrig erklärte, sondern im Wesentlichen nur das Mass der „Freinächte“.

Aufgrund des Entscheides des Verwaltungsgerichtes hat das KuGl ein neues Konzept ausgearbeitet, das im Wesentlichen eine Reduktion der Anzahl der wöchentlichen Freinächte auf zwei über den Winter und eine über den Sommer (also eine Reduktion um die Hälfte), einen Ausbau der Lärmschutzeinrichtungen sowie erweiterte Kontrollen in der Umgebung durch den eigenen Sicherheitsdienst vorsieht. Das entsprechende Baugesuch wurde von der Baubewilligungskommission der Stadt St.Gallen genehmigt, jedoch durch den Nachbarn, der auch die ursprüngliche Regelung angefochten hatte, mit Rekurs an den Kanton weitergezogen. Dieses Verfahren liegt zurzeit beim Departement des Innern, das in der Sache materiell zu entscheiden hat. Es ist damit zu rechnen, dass der Entscheid wiederum weitergezogen wird, so dass noch nicht abzusehen ist, wann die neue Baubewilligung allenfalls rechtskräftig wird.

Abgesehen von einer Verkürzung der Schliessungszeiten über eine rechtskräftige Baubewilligung bietet das Gastwirtschaftsgesetz³ gemäss Art. 17 Abs. 2 die Möglichkeit, die gesetzliche Schliessungszeit für einzelne Veranstaltungen zu verkürzen oder aufzuheben.⁴ Bewilligt wird von der hierfür zuständigen Stadtpolizei die Verkürzung der Schliessungszeit in der Re-

³ Vom 25. November 1995 (sGS 553.1; abgekürzt GWG).

⁴ Eine (erneute) dauernde Verkürzung oder Aufhebung der Schliessungszeit gestützt auf Art. 18 GWG ist aufgrund des hängigen baurechtlichen Verfahrens nicht zulässig.



gel um maximal zwei Stunden. Dies bedeutet, dass an den Wochenenden höchstens je zweimal monatlich am Samstag- und am Sonntagmorgen das Lokal statt um 01.00 Uhr erst um 03.00 Uhr schliesst. Voraussetzung für die Erteilung dieser sogenannten Einzelbewilligungen ist eine klaglose Betriebsführung. Die Einzelbewilligungen können deshalb nicht langfristig, sondern lediglich jeweils auf einen Zeitraum von einigen Wochen hin erteilt werden. Die Stadtpolizei hat dem KuGl verschiedentlich solche Bewilligungen erteilt. Diese sind jedoch vom Rekurrenten immer wieder angefochten worden. Durch die diversen Verfahren betreffend die baurechtlichen und gastwirtschaftsrechtlichen Bewilligungen ist über die Jahre hinweg eine komplexe und unübersichtliche rechtliche Situation entstanden.

In Bezug auf die gastwirtschaftsrechtlichen Aspekte konnte im Juni 2012 eine zeitlich befristete Einigung erzielt werden. Unter Leitung des Volkswirtschaftsdepartementes und unter Beteiligung der Stadt St.Gallen verständigten sich die Parteien (Betreiber und Rekurrent) auf Folgendes: Das KuGl darf zukünftig maximal zweimal pro Monat, in den Monaten Oktober bis März maximal dreimal pro Monat bis 03.00 Uhr geöffnet sein. Die Parteien stimmten einem entsprechenden Kontingent an Einzelbewilligungen nach dem GWG zu. Die Vereinbarung gilt bis zum rechtskräftigen Abschluss des laufenden Baubewilligungsverfahrens, längstens aber bis zum 31. Mai 2013. Sie hat keine präjudizielle Wirkung für das Baubewilligungsverfahren oder für gastwirtschaftsrechtliche Bewilligungen nach dem 31. Mai 2013.

4 Bau- und planungsrechtlicher Rahmen

Ausgangspunkt des Rechtsstreits um das KuGl ist wie angedeutet die Frage der Vereinbarkeit des Betriebs mit den Bestimmungen des Bau- und Planungsrechts – konkret, ob und unter welchen Umständen ein Betrieb wie das KuGl in einer Wohn-Gewerbe-Zone zonenkonform sein kann. Massgebend sind hier vor allem das Bundesgesetz über die Raumplanung⁵, das Gesetz über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht (Baugesetz) des Kantons St.Gallen⁶ sowie die Lärmschutz-Verordnung des Bundes⁷. In der Wohn-Gewerbe-Zone sind grundsätzlich Gastrobetriebe aller Art erlaubt. Sie müssen bewilligt werden, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Bezüglich des zulässigen Immissionsmasses gilt in Wohn-Gewerbe-Zonen baurechtlich die Stufe „mässig störend“ (gegenüber „nicht störend“ in reinen Wohngebieten und „erheblichen Immissionen“ in Industriezonen). Gemäss LSV gilt in der Wohn-Gewerbe-Zone die Empfindlichkeitsstufe III (gegenüber der Stufe II in reinen Wohnzonen oder der Stufe IV in Industriezonen).⁸ Dieses übergeordnete Recht ist für die Kantone und die Gemeinden zwingend.

⁵ Vom 22. Juni 1979 (SR 700, abgekürzt RPG).

⁶ Vom 6. Juni 1972 (sGS 731.1, abgekürzt BauG).

⁷ Vom 15. Dezember 1986 (SR 814.41, abgekürzt LSV).

⁸ Vgl. im Detail Anhang 6 zur LSV.



Mit Blick auf die Lärmbelastung für Dritte werden so genannte „Primärimmissionen“ und „Sekundärimmissionen“ unterschieden. Erstere betreffen die Immissionen des Betriebes selbst, also z.B. den Lärm der Musik oder der Gäste im Lokal. In der Regel kann diese Problematik mit geeigneten Massnahmen (Schallisolation etc.) gelöst werden. Die Primärimmissionen führen bei Gastrobetrieben selten zur Zonenwidrigkeit. Problematischer sind meist die Sekundärimmissionen, also der Lärm ausserhalb, der aber in unmittelbarer Nähe zum Betrieb entsteht und mit diesem zusammenhängt. Es ist möglich, dass bestimmte Gastrobetriebe aufgrund der Sekundärimmissionen das Mass „mässig störend“ überschreiten und damit in der Wohn-Gewerbe-Zone zonenwidrig werden.

Im Grundsatz aber ist in einer Wohn-Gewerbe-Zone die gewerbliche Nutzung gleichwertig wie die Wohnnutzung, was prinzipiell unabhängig von der Tages- und Nachtzeit gilt.⁹ So kann in dieser Mischzone auch ein Gastwirtschaftsbetrieb mit Überzeitbewilligung zonenkonform sein.¹⁰ Im konkreten Fall der ursprünglichen Baubewilligung des KuGl hat das Verwaltungsgericht dies für den Betrieb mit drei Nächten pro Woche über das ganze Jahr mit erlaubter durchgehender Öffnung jedoch verneint. Dieser rechtskräftige Entscheid des Verwaltungsgerichts ist selbstverständlich zu akzeptieren. Ob die neue Baubewilligung mit deutlich reduzierten Öffnungszeiten Bestand hat, wird das laufende Verfahren zeigen.

Unabhängig von dessen Ausgang und von der Tatsache, dass die Stadt St.Gallen bzw. die Baubewilligungskommission als zuständige Bewilligungsinstanz das ursprüngliche Baugesuch anders beurteilt hat als das Verwaltungsgericht, ist zu betonen, dass die raumplanungs- und baurechtlichen Rechtsgrundlagen im Hinblick auf die unterschiedliche Nutzung verschiedener Gebiete einen wichtigen Zweck erfüllen. Die Ausscheidung verschiedener Zonen mit gestaffelten Nutzungsmöglichkeiten bzw. -beschränkungen und entsprechenden Immissionsbegrenzungen trägt zu einer ausgewogenen räumlichen Entwicklung bei und fördert den Ausgleich zwischen verschiedenen Nutzungsbedürfnissen. Da die genannten Vorgaben bundes- und kantonrechtlicher Natur sind, kann die Stadt St.Gallen sie nicht ändern. Unabhängig davon ist dies auch nicht anzustreben, da sie sich als übergeordneter Rahmen bewährt haben. Die seitens der Stadt St.Gallen bereits ergriffenen bzw. zu ergreifenden Massnahmen sind auf einer anderen Ebene angesiedelt (siehe Ziff. 5)

Nicht in Frage zu stellen sind zudem die rechtsstaatlichen Garantien, die beispielsweise Art. 83 Abs. 2 BauG bietet. Danach ist im Baubewilligungsverfahren zur Einsprache berechtigt, wer ein eigenes schutzwürdiges Interesse dartut. Es mag im Einzelfall zu unterschiedlichen Beurteilungen kommen, wann ein schutzwürdiges Interesse gegeben ist bzw. wann alle

⁹ St.Gallische Gerichts- und Verwaltungspraxis (GVP) 2005, Nr. 26, S. 137,

¹⁰ Waldmann, Bernhard/Hänni, Peter, Raumplanungsgesetz: Bundesgesetz vom 22. Juni 1979 über die Raumplanung (RPG), Handkommentar, Bern 2006, Art. 22 Rz. 37.



Voraussetzungen für eine Einsprache gegeben sind. Das Instrument an sich ist jedoch eine wichtige Errungenschaft des Rechtsstaates, die nicht zur Disposition steht. Für den Schutz des Einzelnen ist es elementar, dass er Zugang zu Verfahren hat, mit denen er sein Recht geltend machen und sich Gehör verschaffen kann. Dieser Anspruch geht schon aus der Bundesverfassung¹¹ (Art. 29 bezüglich der allgemeinen Verfahrensgarantien) hervor. Zugleich wird damit die Legitimation von staatlichen Entscheiden erhöht. Die Verfahrensgarantien erfüllen damit sowohl eine individualrechtliche als auch eine rechtsstaatliche Funktion.¹²

Ob in einem Fall, in dem sich jemand durch Immissionen gestört fühlt, andere Personen diese Immissionen auch als störend empfinden, ist für die rechtliche Beurteilung der Situation irrelevant. Es kommt allein auf die Anwendung der einschlägigen Rechtsvorschriften an, um zu beurteilen, ob ein schutzwürdiges Interesse unzulässig beeinträchtigt wird oder nicht. Eine solche Überprüfung durch ein Gericht kann – wie im Fall des Urteils des Verwaltungsgerichts vom 18. März 2010 – aus bestimmter Perspektive zu (politisch) unerwünschten Ergebnissen führen. Noch weit unerwünschter wäre es allerdings, wenn für den Einzelnen bzw. die Einzelne die Möglichkeit nicht bestünde, sich gegen Entscheide der Verwaltung, soweit sie ihn bzw. sie betreffen, zur Wehr zu setzen.

5 Massnahmen der Stadt und Zukunft des KuGl

Der Stadtrat hat bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht, dass er das Jugendkulturangebot des KuGl für die Stadt als wertvoll erachtet und unter anderem auch bereit war, im Rahmen seiner Möglichkeiten finanzielle Unterstützung zu sprechen.¹³ Diese Haltung wurde bei der Beantwortung der von 6'472 Personen unterzeichneten Petition „Das Recht auf Kultur“ im Sommer 2011 bestätigt.

5.1 Finanzielle Unterstützung

Die seit Anfang Juli 2011 geltenden verkürzten Öffnungszeiten und die zumindest bis zur befristeten Einigung bezüglich der gastwirtschaftsrechtlichen Aspekte (siehe oben Ziff. 3.3) nur sehr begrenzte Planbarkeit von Konzerten haben deutliche Konsequenzen auf das Betriebskonzept und die finanziellen Rahmenbedingungen des KuGl. Mit Blick auf die besondere Bedeutung des KuGl als Plattform für die Jugendkultur in unserer Stadt hat der Stadtrat dem KuGl im August 2011 eine Soforthilfe zur Überbrückung der Übergangsphase mit redu-

¹¹ Vom 18. April 1999 (SR 101, abgekürzt BV).

¹² Häfelin, Ulrich/Haller, Walter/Keller, Helen, Schweizerisches Bundesstaatsrecht, 7. Aufl, Zürich/Basel/Genf 2008, Rz. 828.

¹³ Vgl. Vorlage Nr. 2114 vom 10. August 2010 (Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung Postulat „Hat St.Gallen ausgeKUGLt?“).



zierten Öffnungszeiten und mit einer Neupositionierung während dem laufenden Bauge-
suchsverfahren in Höhe von CHF 40'000 gewährt.¹⁴

So sehr der Stadtrat am Fortbestand des KuGI interessiert ist, so sehr ist aber auch zu beto-
nen, dass er keine dauerhafte Finanzierung des Betriebs leisten kann und will. Dies würde
nicht nur dem gebotenen sparsamen Umgang mit öffentlichen Mitteln widersprechen. Es
wäre in diesem Fall auch das Gleichbehandlungsgebot in Bezug auf andere private Anbieter
im Bereich Kultur/Gastronomie in Gefahr. So sind auch die Betreiber des KuGI gefordert, ihr
Geschäftsmodell dem gegebenen Rahmen anzupassen, so dass ein erfolgreiches Weiterbe-
stehen gesichert werden kann. Dazu – z.B. bei der Suche nach einem Ersatzstandort – bie-
ten der Stadtrat und die Stadtverwaltung so weit wie möglich Hand. Beiträge weiterer Betei-
ligter – wie etwa des Vermieters der KuGI-Lokalität, von Lieferanten, Konzertagenturen und
Sponsoren – wurden und werden ebenfalls angestrebt.

5.2 Einzelbewilligungen und Einigungsverbarung

Die Stadtpolizei ist mit Hilfe des Instruments der Einzelbewilligungen den Bedürfnissen des
KuGI im Rahmen der rechtlichen Vorgaben weitestgehend entgegengekommen. Allerdings
konnte damit die notwendige Stabilisierung nicht erreicht werden, weil die Einzelbewilligun-
gen ihrerseits ebenfalls angefochten wurden und damit eine neue Rechtsunsicherheit ent-
stand. Um diesen Schwebezustand zu überwinden, hat der Stadtrat die Initiative des Volks-
wirtschaftsdepartementes im Hinblick auf die erwähnte temporäre Einigung (siehe Ziff. 3.3)
begrüsst. Sie kann jedoch nicht verbergen, dass nach wie vor ungewiss ist, ob sich am ge-
genwärtigen Standort der KuGI-Betrieb mit Öffnungszeiten fortsetzen lässt, die einerseits
zonenkonform sind und andererseits den betrieblichen und finanziellen Bedürfnissen des
KuGI sowie den Wünschen der Gäste entsprechen. Insofern hängt der Fortbestand des KuGI
weiter am „seidenen Faden“.

5.3 Suche eines Alternativstandorts

Aufgrund der in Ziff. 3 dargelegten Situation wurden durch die Stadtverwaltung schon bisher
verschiedene Alternativstandorte erwogen. Diese Suche gestaltet sich sehr schwierig. Meh-
rere Alternativstandorte wurden näher geprüft und mussten verworfen (z.B. Blumenberg-
platz) bzw. als nicht geeignet (Taubenloch)¹⁵ beurteilt werden. Sofern die neue Baubewilli-
gung rechtskräftig wird, erübrigt sich beim heutigen Betriebskonzept die Suche nach einem
Alternativstandort.

¹⁴ Vgl. Medienmitteilung der Stadt St.Gallen vom 24. August 2011, [http://www.stadt.sg.ch/news/14/2011/08/stadtrat_unterstuetzt.Par.0001.DownloadListPar.0001.File.t
mp/Medieninfo%20KuGI%2022082011%20\(2\)%20\(2\).pdf](http://www.stadt.sg.ch/news/14/2011/08/stadtrat_unterstuetzt.Par.0001.DownloadListPar.0001.File.tmp/Medieninfo%20KuGI%2022082011%20(2)%20(2).pdf)

¹⁵ Vorlage Nr. 3939 vom 13. Dezember 2011 (Beantwortung der Einfachen Anfrage Doris Königer: Kugl ins Taubenloch).



5.4 Neubeurteilung der Situation

Nach Abschluss des baurechtlichen Verfahrens bzw. nach Auslaufen der Vereinbarung zwischen dem KuGl und dem Rekurrenten im Mai 2013 muss die Situation neu beurteilt werden: Kann ein neuer Standort mit städtischer Hilfe entwickelt werden oder muss der Betrieb vollständig eingestellt werden? In den kommenden Monaten wird sich zeigen, wie der Kulturbetrieb mit den gegenwärtigen Öffnungszeiten weitergeführt werden kann und welche weitergehenden Perspektiven sich für diesen ergeben.

6 Veranstaltungen und Ausgekkultur im urbanen Kontext

Die Diskussion um das KuGl ist nicht isoliert zu betrachten, sondern steht im allgemeinen Kontext der Herausforderungen, aber auch der Chancen urbanen Zusammenlebens. St.Gallen will und soll eine Stadt mit urbaner Vitalität in allen Facetten sein – und die sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Probleme unaufgeregt, mit Toleranz und gebotener Grosszügigkeit angehen.

Schon per Definition ist Urbanität Vielfalt.¹⁶ Diese manifestiert sich zum Beispiel in der Struktur der aus 135 Nationen stammenden Bevölkerung, der Wirtschaft und des Raumes; sie manifestiert sich in Politik, Architektur und Kultur, in Lebensstilen und Formen der sozialen Interaktion. Als beherrschendes Element kommt die Dichte hinzu: Urbanität ist nicht nur Vielfalt als solche, sondern Vielfalt auf engem Raum. Die Stadt ist ein „Kondensat gesellschaftlicher Prozesse“¹⁷. Dies führt zu enormem wirtschaftlichem, kreativem und kommunikativem Potenzial, aber auch zu Konflikten und Belastungen. Wenn man Urbanität im positiven Sinn als den Rhythmus einer lebendigen und lebenswerten Stadt betrachtet, dann kann sie nur gelingen, wenn die Stadtbevölkerung und auch die Besucherinnen und Besucher die Vielfalt als Verantwortung begreifen. Neben den persönlichen Präferenzen und Gewohnheiten existieren unzählige andere Bedürfnisse, die a priori dasselbe Recht und dieselbe Legitimität haben, in der Stadt gelebt und befriedigt zu werden. Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Anwohnenden, Offenheit und auch Neugier gegenüber anderen Interessen sind entscheidend: Wer andere und anderes kennt, wird eher bereit sein, diese oder dieses zu respektieren und gewisse Einschränkungen der eigenen Entfaltungsmöglichkeiten in Kauf zu nehmen.

Was bedeutet eine so verstandene Urbanität nun für das, was in einer Stadt möglich sein soll und was nicht? Der Stadtrat ist der Meinung, dass ein gewisses Mass an Veranstaltun-

¹⁶ Auf diese Formel bringen die Herausgeber eines aktuellen soziologischen Sammelbandes das Wesen der modernen Stadtgesellschaft. Vgl. Bukow, Wolf-Dietrich/Heck, Gerda/Schulze, Erika/Yildiz, Erol: Urbanität ist Vielfalt. Eine Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Neue Vielfalt in der urbanen Stadtgesellschaft, Wiesbaden 2011, S. 7 ff.

¹⁷ Wehrli-Schindler, Brigit: Lebenswelt Stadt, Bericht zur Lebenssituation in den Schweizer Städten, Zürich 1995, S. 53.



gen, an kulturellen Angeboten für alle Altersgruppen und an Begegnungen im öffentlichen wie im privaten Raum – kurzum: an „Leben“ – zu einer Stadt wie St.Gallen gehört. Die entsprechenden Grundsätze hat der Stadtrat in seinem Postulatsbericht zum öffentlichen Raum detailliert dargelegt.¹⁸ Nicht nur im öffentlichen Raum, sondern auch an den Schnittstellen zwischen öffentlichem, halböffentlichem und privatem Raum gilt: Eine Stadt ist keine Einsiedelei, obschon die Wurzeln St.Gallens bekanntlich darauf zurückgehen. Wie sich das kulturelle und gesellschaftliche Leben in einer Stadt präsentiert, prägt ihr Bild nach innen und nach aussen. In der Abwägung der Interessen ist das erwähnte „gewisse Mass“ die zentrale, gleichwohl schwer zu bestimmende Grösse. Dennoch lässt sich schematisch Folgendes sagen:

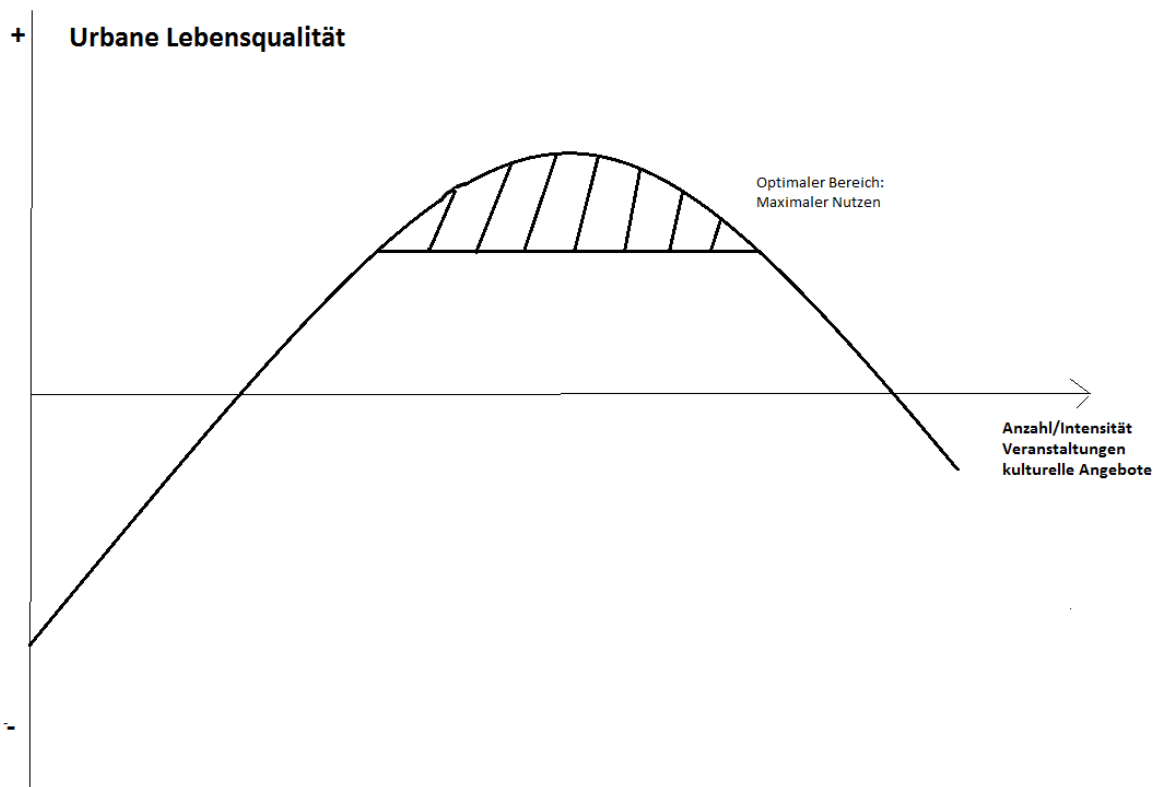
Es gibt einen Bereich, in dem Anzahl und Intensität¹⁹ von Veranstaltungen und kulturellen Angeboten so gering sind, dass sie dem Wunsch nach einem abwechslungsreichen, dynamischen städtischen Leben nicht gerecht werden. Genauso gibt es einen Bereich, in dem der Rhythmus exzessiv ist und die Belastungen (z.B. Lärm, Littering, Gewalt, exzessiver Alkoholkonsum) überwiegen. Dazwischen liegt ein positiver Bereich von „Erlebnisdichte“²⁰, in dem das Gleichgewicht zwischen „Leben(digkeit)“ und anderen Bedürfnissen wie Ruhe, Erholung, Reduktion von Verkehr und Immissionen etc. grundsätzlich gewahrt ist.

¹⁸ Vorlage Nr. 1475 vom 10. Februar 2010.

¹⁹ Intensität ist hier als Oberbegriff für den Charakter einer Veranstaltung bzw. eines kulturellen Angebots zu verstehen und umfasst z.B. Dauer, Ort, Grösse, Art und Immissionen.

²⁰ Wehrli-Schindler, Brigit: Lebenswelt Stadt, Bericht zur Lebenssituation in den Schweizer Städten, Zürich 1995, S. 72.





Die Graphik suggeriert, es gäbe ein Optimum, das hinsichtlich Anzahl und Intensität von Veranstaltungen und kulturellen Angeboten erreicht werden könne. Dieser singuläre Punkt ist theoretischer Natur, aber es scheint doch möglich, dass eine Stadt wenigstens einen annähernd optimalen Bereich, der ihren Bedürfnissen und denen ihrer Bewohnerinnen und Bewohner entspricht, erreichen kann.

Die Stadt St.Gallen ist auf verschiedenen Ebenen aktiv, um diesbezüglich Fortschritte zu erzielen:

- Ein Beispiel ist die neue „Strategiegruppe Events“ unter Leitung des Stadtpräsidenten, an der verschiedene städtische und private Akteure mitwirken. Ziel ist es, für die Stadt St.Gallen eine Eventstrategie zu entwickeln, mit der festgelegt wird, welche Veranstaltungen mit welcher Intensität in der Stadt St.Gallen zukünftig stattfinden sollen und welche nicht.
- Die qualitative Weiterentwicklung des St.Gallerfestes, die in den vergangenen Jahren bereits in die Wege geleitet wurde,²¹ wird gemeinsam mit dem Veranstalter weiter vorangetrieben.
- Die Stadtpolizei hat ein informatikgestütztes System für die Bewirtschaftung des öffentlichen Grundes in Betrieb genommen. Damit werden Bewilligungsverfahren vereinfacht,

²¹ Vgl. Vorlage Nr. 4557 vom 15. Mai 2012.



d.h. benutzerfreundlicher und transparenter gestaltet. Jeder Aktionsplatz ist im Internet auf dem Stadtplan mit den verschiedenen Auflagen und Bedingungen publiziert.²² Jeder Veranstalter kann sich somit einen Überblick darüber verschaffen, welche Arten von Veranstaltungen in welchem qualitativen, zeitlichen und mengenmässigen Ausmass möglich sind. Durch Einführung einer webbasierten Lösung wurde das Antragsverfahren vereinfacht. Die Kundinnen und Kunden können schon vorgängig die Verfügbarkeit wie auch die Belegung und die geplanten Veranstaltungen visualisiert abfragen. Der Bewilligungsprozess erfolgt dabei einheitlich auf dem elektronischen Weg. Auch die Terminkontrolle und weitere für die Fallbearbeitung notwendige Schritte (Briefe usw.) werden in einem Fallarchiv hinterlegt. Jeder getätigte Schritt kann somit später nachvollzogen werden (Dokumentation von Bewilligungen).

- Die Initiative „Gemeinsam mit Respekt“, in deren Rahmen die Stadt mit diversen externen Partnern (u.a. Stiftung Suchthilfe, GBS St.Gallen und weitere Schulen, verschiedene Sportvereine) zusammenarbeitet, wirbt für eine lebendige und bunte Stadt, sagt aber nein zu Lärm, Littering, Gewalt und exzessivem Alkoholkonsum. „Gemeinsam mit Respekt“ setzt sich für einen verantwortungsvollen Umgang mit unserer Stadt, unseren Mitmenschen und uns selbst ein.

Ohne den Ergebnissen der Strategiegruppe Events vorgreifen zu wollen, ist der Stadtrat der Ansicht, dass in der Stadt St.Gallen vieles und viel Verschiedenes möglich sein muss, das den Besonderheiten unserer Stadt (z.B. ihrem Charakter als regionalem Zentrum, aber auch der räumlichen Enge und der Wohnnutzung im Bereich der Altstadt und der Innenstadt) Rechnung trägt und einen gewissen Interessenausgleich gewährleistet. Erwünscht ist ausdrücklich eine stärkere Einbindung der Quartiere: Ihre Attraktivität kann von mehr interessanten Veranstaltungen und kulturellen Angeboten nur profitieren. Zugleich verspricht dies eine gewisse Entlastung des Nutzungsdruckes auf das Stadtzentrum. Nicht erwünscht sind hingegen einseitige Raumanneignungen, deren Urheberinnen bzw. Urheber die eigenen Bedürfnisse absolut setzen und sich nicht um das fragile Gleichgewicht der urbanen Vielfalt scheuen. So werden z.B. illegale Parties – insbesondere, wenn sie in Gewalt gegen Sachen und Personen gipfeln – nicht akzeptiert. Jugendliche und junge Erwachsene sollen feiern und damit das urbane Leben bereichern dürfen. Die Beachtung einiger grundlegender Regeln ist dafür jedoch unerlässlich.

Der Stadtrat sieht die Aufgabe der öffentlichen Hand darin, urbanes Leben und Lebendigkeit zu fördern – innerhalb von Rahmenbedingungen, die einen Ausgleich unterschiedlicher Interessen und Bedürfnisse ermöglichen. Die Stadt St.Gallen nutzt in diesem Sinne ihren Spielraum, den sie in der Anwendung übergeordneten Rechts bzw. beim Erlass eigener Rege-

²² <http://www.stadt.sg.ch/home/wirtschaft-arbeit/gewerbe-veranstaltungen/bewilligungen-oeffentlicher-Raum.html>



lungen²³ hat. Darüber hinaus stehen der Stadtrat bzw. die Stadtverwaltung als Ansprechpartnerin bzw. Ansprechpartner für Initiativen aller Art zur Verfügung. Bei zahlreichen Veranstaltungen engagieren sich Mitarbeitende der Stadtverwaltung in den Organisationskomitees oder tragen anderweitig zur Planung und Durchführung von Events und Projekten bei. Ein wichtiges Instrument ist zudem die städtische Kulturpolitik mit ihren unterschiedlichen Förderungsmechanismen (wiederkehrende Betriebsbeiträge, Beiträge für Einzelprojekte und kulturelle Veranstaltungen, Förderung durch Infrastruktur, direkte Förderung von Kulturschaffenden, Förderung durch Information und Kommunikation).²⁴ Punktuell besteht zudem die Möglichkeit, wichtige Anlässe und Projekte besonders zu fördern, wenn dies aufgrund spezieller Umstände geboten ist. Beispiele sind die Beiträge an das Eidgenössische Musikfest als wichtigen nationalen Anlass mit breiter Ausstrahlung und Standortwerbung für die Stadt St.Gallen, an das St.Gallerfest zur Realisierung verschiedener qualitativer Massnahmen (früherer Musikschluss, mehr Live-Musik, geringere Standgebühren für Stände ohne Alkoholausschank, Einführung Mehrwegbecher) sowie die Überbrückungshilfe an das KuGl zur Sicherung des Betriebs während der hängigen Rechtsverfahren.

Insgesamt sieht der Stadtrat die Funktion der öffentlichen Hand im Hinblick auf ein attraktives urbanes (Veranstaltungs-)Angebot darin, günstige Rahmenbedingungen zu schaffen und Mögliches möglich zu machen. Hingegen ist es in der Regel nicht die Aufgabe der Stadt, selbst die Rolle der Veranstalterin zu übernehmen. Dies wäre ordnungspolitisch fragwürdig, finanziell und personell nicht möglich und würde zudem am Kerngedanken der Urbanität vorbeigehen: Urbanes Leben ist Vielfalt, und Vielfalt entsteht und gedeiht durch die Initiative von Einzelnen mit all ihren unterschiedlichen Hintergründen, Ideen und Projekten. Es lässt sich staatlich fördern, aber nicht verordnen. Der Stadtrat sieht deshalb von einem materiellen Antrag an das Stadtparlament ab.

Der Stadtpräsident:

Scheitlin

Der Stadtschreiber:

Linke

Beilage:

Postulat „Hat St.Gallen ausgeKUGLt?“ vom 8. Juni 2010

²³ Vgl. z.B. das Polizeireglement vom 16. November 2004 (sRS 412.11).

²⁴ Vgl. Vorlage Nr. 4815 vom 25. September 2008 (Kulturkonzept 2009).

